

«Seriöse Heime unter Druck»

«Wer kassiert ihre Rente?»
NZZ am Sonntag vom
18. November

Vielen Dank für den Einblick in die unglaublich unethischen Machenschaften von internationalen Aktiengesellschaften, deren Ziel es ist, mit alten, pflegebedürftigen Menschen ihre Dividenden möglichst hoch zu halten. Und wir alle helfen ihnen dabei in Form von Gemeindegeldern, die eigentlich für die Menschen in den Heimen gedacht sind. Leider decken sich die erwähnten Beispiele genau mit solchen, von denen ich auch gehört habe. Pflegeassistentinnen und Praktikanten müssen teilweise alleine oder zu zweit ganze Abteilungen pflegerisch betreuen und verdienen dabei Minimallöhne. Aus Mangel an Personal müssen sich die verbleibenden Pflegenden überlegen, wem sie die nötige Körperpflege zukommen lassen. Überbelastung und schlecht geführte Teams führen auch dazu, dass die Angestellten in solchen Heimen immer öfters krank sind. Die Verantwortung wird vom Bund zu den Kantonen und weiter in die Gemeinden abgeschoben. Angehörigen, die sich für ihre pflegebedürftigen



Die Menschen werden immer älter, auch in der Schweiz.

Verwandten einsetzen wollen, wird angeboten, dass man die alten Menschen ja zu Hause pflegen könne. Die guten und seriös geführten Heime kommen dabei immer mehr unter Druck, denn schlussendlich wird die finanzielle und nicht die menschliche Bilanz angeschaut und gewertet.
Irene Lienemann, Zürich

Medizinische und pflegerische Dienste sind öffentliche Güter. Diese haben positive wirtschaftliche Effekte, doch noch entscheidender ist ihre gesellschaftliche Bedeutung. Sie

schaffen die Voraussetzungen, um Teilhabe zu ermöglichen und soziale Differenzen zu überwinden. Der Staat sichert die Finanzierung öffentlicher Güter durch Steuern, Gebühren und Beiträge und gewährleistet ihre Qualität. Dies gilt unabhängig davon, ob er Leistung selbst erbringt oder ob Private sie produzieren. Für die Attraktivität öffentlicher Güter sind nicht nur die personalen Repräsentanten, sondern institutionelle Träger bedeutsam. Dabei ist eine Trägerschaft zu favorisieren, die nicht nur die wirtschaftliche Stabilität dauer-

haft gewährleisten kann, sondern bereit ist, ihre Funktionsfähigkeit in Hinblick auf die Kriterien der Gerechtigkeit, der Teilhabe und Gemeinwohlverpflichtung immer wieder auf den Prüfstand zu stellen. Öffentliche Güter kommen allen Bürgerinnen und Bürgern zugute, sie sind notwendig für den gesellschaftlichen Zusammenhalt und elementar für eine lebendige Demokratie. Von daher bedürfen sie der besonderen Aufmerksamkeit. Was können wir tun, um die Orpeasierung unseres Lebens im Alter zu verhindern? Wählen wir die Politiker, die nachweislich für das Gemeinwohl, öffentliche Güter und den dritten Sektor (Vereine, Nonprofitorganisationen und Stiftungen) eintreten. Die dem Geschäft mit dem Alter einen Rahmen setzen. Engagieren wir uns in Stiftungen und Vereinen, die Träger von Pflege- und Altersheimen sind.

Jakob Clement, Basel

Der Artikel zeigt die französische Investoren- und Betreibergruppe Orpea detailliert auf und vermittelt den Eindruck, dass die hohe Rendite ausschliesslich einer minderen Dienstleistungsqualität, schlechter Pflege und Verpflegung, sprich ihrem rigorosen Sparmanagement zu verdanken ist. Es wäre interessant

gewesen, wenn im Bericht ein echter Qualitätsvergleich mit schweizerischen Gruppen, die ebenfalls gegenüber ihren öffentlichrechtlichen Mitbewerbern reüssieren müssen, präsentiert worden wäre. So zeichnet der Artikel ein einseitiges Bild, und zwar gegen ausländische Betreiber oder konkret gegen Senevita. Gut wäre auch gewesen, wenn darauf hingewiesen worden wäre, dass Qualitäts- und Preisvergleiche unter den Heimen praktisch nicht möglich sind. Einerseits fehlt bei den meisten Heimen jede Qualitäts-Transparenz, und zweitens sind die Finanzierungsmodelle von öffentlichrechtlichen gegenüber Privatbetrieben völlig unterschiedlich. Wir haben einen sehr guten Ein- und Überblick in die Heimqualität in der Schweiz. Die meisten Heime erbringen eine gute bis sehr gute Leistungsqualität. Wie in jeder Branche gibt es auch schwarze Schafe, die öffentlich gemacht werden sollen. Wir wehren uns aber dagegen, dass Privatbetriebe und im Artikel besonders die ausländischen Betreibergruppen so hingestellt werden, als würden sie, aus reinem Gewinnstreben, generell mindere Qualität erbringen. Dem widersprechen wir entschieden.
René Künzli, Präsident Terz-Stiftung, Berlingen (TG)

So schreiben Sie uns

Leserbriefe müssen bis Donnerstagmittag eintreffen und mit der vollständigen Postadresse des Absenders versehen sein. Sie sollten sich auf die letzte Ausgabe beziehen. Publiziert werden auch Reaktionen, die auf nzz.ch/nzzas, Facebook und Twitter erschienen sind. Bearbeitungen sind vorbehalten.

Schreiben Sie an:
NZZ am Sonntag,
Leserbriefe,
Postfach,
CH-8021 Zürich.
leserbrief.sonntag@nzz.ch

NZZaS.ch

Unsere Newsletter

Stimmen Sie sich mittwochs und freitags aufs Wochenende ein. Und erfahren Sie am Sonntag, was unsere Leser am meisten interessiert. Jetzt anmelden!
nzz.as/newsletter